

Fakten & Hintergrund

Wirbel um Wohnraumschutzsatzung

Die Wohnraumschutzsatzung in Krefeld ist gekippt: Nach einer hitzigen Debatte setzt die Ratsmehrheit aus CDU und SPD auf alternative Maßnahmen gegen Wohnungsnot. Gegner warfen dem Oberbürgermeister Wortbruch vor. Was entgegnete Frank Meyer?



Vor der Ratssitzung hatte es eine Kundgebung des Sozialbündnisses gegeben.

Foto: lai

VON LAURA IHME UND MARTIN RÖSE

KREFELD · Die in der vergangenen Ratsperiode beschlossene Wohnraumschutzsatzung wird nicht, wie ursprünglich geplant, zum 1. Januar in Kraft treten. Die schwarz-rote Ratsmehrheit hat am Donnerstagabend im Stadtrat nach leidenschaftlicher Debatte den entsprechenden Beschluss gekippt.

Die CDU hatte sich im Wahlkampf für die Abschaffung der im Mai 2025 beschlossenen Wohnraumschutzsatzung ausgesprochen; sie zweifelte an der Effektivität der Maßnahme. Dass die Wohnraumschutzsatzung nicht eingeführt wird, war auch Teil der zwischenzeitlich unterzeichneten Kooperationsvereinbarung von CDU und SPD. In ihrem gemeinsamen Antrag beauftragten die beiden Mehrheitsparteien die Verwaltung mit einem Zwei-Punkte-Plan gegen die Wohnungsnot in Krefeld.

Viele, viele Stunden, bevor es im Seidenweberhaus um die Wohnraumschutzsatzung gehen sollte, machten einige Krefelderinnen und Krefelder ihrem Ärger bei einer Kundgebung vor dem Seidenweberhaus Luft. Das Sozialbündnis hatte dazu aufgerufen. Krefeld brauche ein wirksames Instrument, um etwas gegen den Leerstand zu tun, sagte Lothar Wilhelms von dem Bündnis. Besonders die Eigentümer von Schrottimmobilien müssten in die Verantwortung genommen werden. „Enteignung darf dabei kein Tabu sein“, sagte er.

Dem Aufruf des Bündnisses waren freilich nur wenige gefolgt: Gut 30 Menschen kamen zusammen, darunter auch Ratsmitglieder der Linken und von Luks. Besonders groß war der Ärger über Oberbürgermeister Frank Meyer (SPD). Ihm warf Stephan Hagemes von der Linken Wortbruch vor, weil Meyer vor der Stichwahl bekundet hatte, an dem Instrument festzuhalten. „Meyer, halten Sie ihr Wort!“ war auf einem Plakat zu lesen.

In anderen Städten hat eine Wohnraumschutzsatzung durchaus zu nennenswerten Erfolgen geführt. So wurden in Frankfurt am Main seit Einführung der Wohnraumschutzsatzung 2018 mehr als 1100 illegale Ferienwohnungen mit 50.000 Quadratmeter Wohnraum wieder dem regulären Mietmarkt zugeführt. Die Stadt verhängte Bußgelder von 2,1 Millionen Euro. In Landau in Rheinland-

Pfalz wurden nach Einführung einer Leerstandssatzung gut 200 von mehr als 700 leer stehenden Wohnungen wieder bewohnt. Klar ist aber auch: Um die Satzung zu einem scharfen Schwert zu machen, braucht es Personal. Die Stadt Köln beispielsweise schuf neun zusätzliche Stellen, kann allerdings auch jährlich Bußgelder im sechsstelligen Bereich verbuchen und hat mehr als 2400 Wiederzuführungsverfahren gestartet. Laut Zensus von 2022 standen in Krefeld damals 5000 Wohnungen leer, davon 3000 länger als ein Jahr.

In der Sitzung des Stadtrats erläuterte die CDU-Fraktionsvorsitzende Britta Oellers, warum ihre Partei die Satzung ablehnt: „Es hätte sich um ein Bürokratiemonster gehandelt, das nicht nur zusätzlich Stellen bei der Stadt eingefordert hätte, sondern auch zusätzliche Kosten für die Wohnungseigentümer mit sich gebracht.“ Die Annahme, dass in Krefeld 5000 Wohnungen leer stehen, sei falsch. Nur bei 620 Wohnungen hätten die Eigentümer keine Gründe für den Leerstand angegeben, so Oellers. „Bei allen anderen Wohnungen wurde erklärt, dass sie gerade umgebaut werden, dass Umbau geplant sei oder dass die Wohnungen in wenigen Monaten wieder zur Verfügung oder sie derzeit zum Verkauf stünden.“ Oellers bemängelte auch, dass bei der Entwicklung der Krefelder Satzung keine Experten eingebunden gewesen seien.

Die Wohnraumschutzsatzung sei nicht nur notwendig gewesen, sondern überfällig, verteidigte Grünen-Fraktionssprecher Karsten Ludwig die von den Grünen mitbeschlossene Satzung. „Wir reden hier über die Frage, ob wir bereit sind, Wohnraum zu schützen oder sehenden Auges keinerlei Instrumente haben, wenn Menschen verdrängt werden. CDU und SPD stellen sich auf die Seite derjenigen, die aus Wohnraum maximalen Gewinn ziehen wollen, selbst wenn die Allgemeinheit oder ein ganzes Viertel darunter leiden muss.“ Sie abzuschaffen, sei „kurzsichtig und verantwortungslos“, so Ludwig.

Björna Althoff (Luks) nannte die Wohnraumschutzsatzung „eins unserer wirksamsten Schwerter für mehr bezahlbaren Wohnraum in Krefeld“. Nun werde sie abgesägt. „Was Sie hier machen, ist Klientelpolitik.“ Und Jan Hertzberg (Partei)

empfahl der SPD, sie solle sich schämen – „weil Sie eine bereits demokratisch getroffene und vor allen Dingen sehr hilfreiche Entscheidung zum Wohle sehr vieler Krefelder mit der Abrissbirne plattmachen“.

Oberbürgermeister Frank Meyer (SPD) entgegnete: „Wir werden in den nächsten fünf Jahren das lustige Spiel spielen können, dass auf der einen Seite die Vertreter der reinen Wahrheit und der wahren Lehre sitzen, die sich darin ergehen können, auf alle herabzublicken, die im Tagewerk der Demokratie versuchen, Mehrheiten für das, was möglich ist, zu bekommen.“ Die Befürworter der Wohnraumschutzsatzung hätten bei der Kommunalwahl nun mal keine Mehrheit bekommen. Wenn es aber gelinge, politische Mehrheitsbeschlüsse zu fassen, die am Ende nutzen, dann sei er bereit, von seinen Maximalforderungen das eine oder andere von der Waage zu nehmen, erklärte Meyer.

„Ich hätte mir für die Verwaltung und auch persönlich gut vorstellen können, mit der Wohnraumschutzsatzung weiterzuarbeiten.“ Er glaube, dass eine Vereinbarung über eine Stadterneuerungsgesellschaft für die Innenstadt auch unter Wohnaspekten ein sehr starkes kommunales Instrument schaffen könne, das gerade in der Innenstadt für Mieterinnen und Mieter Erfolge nach sich zieht, so der Oberbürgermeister. Dass es gelungen sei, den städtischen Fachbereich Wohnen auch unter schwierigen Mehrheitsbedingungen zu erhalten – „das halte ich durchaus für einen politischen Erfolg“.

